
Claudia Nier

Mitarbeiterin für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-51190
Telefax +4930/227-56128
claudia.nier@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Links wirkt: Sozial. Gerecht. Friedlich.

Abonnieren Sie jetzt:
www.linksfraktion.de/newsletter

Sehr geehrter Klaus Lohfing-Blanke,

haben Sie vielen Dank für Ihre Mitteilung. Selbstverständlich stimmen wir mit Ihnen überein: es muss mehr Volksentscheide und direkte Demokratie in Deutschland geben, dazu haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

Darüber hinaus: Unsere Position zu ESM und Fiskalpakt ist seit langem ganz eindeutig. DIE LINKE wird im Bundestag zum Fiskalpakt als einzige Fraktion geschlossen Nein sagen. Wir werden, falls eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat Fiskalpakt und ESM verabschiedet, vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und eine Eilentscheidung beantragen, um die Ratifizierung im Hauruckverfahren zu stoppen

Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin unserer Fraktion und neue Parteivorsitzende, hat sich zu Fiskalpakt und ESM kürzlich erneut geäußert:

"Die Einigung zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb löst die Grundprobleme des Fiskalpakts nicht. Die Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen wird in Marmor gemeißelt. Zu allen Fragen der Wachstumsförderung und Finanzmarktregulierung gibt es hingegen nur unverbindliche Absichtserklärungen. Der Fiskalpakt ist und bleibt ein Sargnagel für die europäische Idee.

Eine wirkliche Beteiligung der Profiteure und Verursacher der Krise an den Finanzmärkten ist nicht vorgesehen. Ohne eine drastische Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen ist kein Ausweg aus der Krise möglich. Ohne eine gerechte Lastenverteilung bedeutet der Fiskalpakt puren Sozialabbau.

DIE LINKE wird im Bundestag zum Fiskalpakt als einzige Fraktion geschlossen Nein sagen. Wir können keinem Gesetz zustimmen, das die Lebenschancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner und der

Erwerbslosen nachhaltig einschränkt. Wir können nicht Ja sagen, wenn per Gesetz demokratische Kernrechte des Parlaments eingeschränkt werden. Wir werden uns entschieden dagegen wehren, dass die Lasten der europäischen Wirtschafts- und Bankenkrise auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Wir hoffen, dass viele Abgeordnete aus den anderen Fraktionen den Mut aufbringen, auch Nein zu sagen. Wir werden, falls eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat Fiskalpakt und ESM verabschiedet, vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und eine Eilentscheidung beantragen, um die Ratifizierung im Hauruckverfahren zu stoppen."

Darüber hinaus hat sich Gregor Gysi ganz aktuell in seiner Rede vom 27. Juni 2012 (unter <http://www.linksfraktion.de/reden/sie-vergemeinschaften-schulden-banken-hedgefonds/> zu lesen) und auch kürzlich in der Auferstehungskirche in Berlin ebenfalls zu diesem Thema geäußert, unter <http://www.youtube.com/watch?v=FlyJBO-yMGQ&list=UUF2SPLBq18sL88yZw9m-GZQ&index=10&feature=plcp> in einem Video zu sehen.

Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass die Abgeordneten und die Fraktion DIE LINKE im Bundestag gegen den ESM stimmen und auch gegen den Fiskalpakt klagen werden, Professor Andreas Fisahn aus Bielefeld wird uns dabei vertreten. DIE LINKE ist damit die einzige im Bundestag vertretene Partei, die derartige Rettungspakete für die Banken bisher konsequent abgelehnt hat und weiterhin ablehnen wird.

Gregor Gysi hatte sich bereits im März dezidiert zum Verhältnis ESM und Grundgesetz geäußert: <http://www.linksfraktion.de/reden/esm-fiskalvertrag-merkel-schaeuble-unterschreiben-grundgesetzwidrige-vertraege/> (sehr empfehlenswert, weil gut verständlich) und Dagmar Enkelmann und Wolfgang Neskovic ebenso: <http://www.linksfraktion.de/interview-der-woche/dieser-fiskalpakt-darf-nicht-verabschiedet-werden/>.

Durch den ESM werden den europäischen Steuerzahlern enorme Risiken aufgebürdet, während sich die Banken und Besitzer großer Vermögen Schritt für Schritt aus der Verantwortung ziehen. Wie dies geschieht, haben wir am Beispiel Griechenlands gesehen: Von den 78 Milliarden Euro, die bisher aus dem ersten „Hilfspaket“ an Griechenland ausgezahlt worden sind, flossen seit April 2010 rund 75 Milliarden direkt in die Hände von Banken und anderer privater Gläubiger. Da die Kredite der EU an unsoziale Kürzungsprogramme geknüpft sind, musste die griechische Bevölkerung für ihre angebliche „Rettung“ teuer bezahlen: Löhne, Renten und Sozialleistungen wurden brutal gekürzt, hunderttausende Arbeitsplätze wurden und werden vernichtet. Durch die Kürzungen ist die griechische Wirtschaft in den letzten zwei Jahren um über 11 Prozent geschrumpft, gleichzeitig ist die Verschuldung des griechischen Staates um weitere 50 Milliarden Euro gestiegen.

Auch die Kredite des ESM werden an unsoziale Kürzungsprogramme geknüpft sein und damit zur Umverteilung von Unten nach Oben beitragen. Auch die Kredite des ESM werden die Schuldenlast der betroffenen Staaten nicht verringern, sondern weiter erhöhen. Die Kredite des ESM haben nur den Sinn, private Gläubiger durch öffentliche Gläubiger zu ersetzen. Sollte es in Zukunft zu Staatsbankrotten oder Schuldenschnitten in der Eurozone kommen – was angesichts der zerstörerischen Kürzungsprogramme sehr

wahrscheinlich ist –, werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Da der ESM unbegrenzt hohe Kreditsummen bewilligen kann, sind auch die Risiken für die Steuerzahler im wahrsten Sinne des Wortes unermesslich. Mindestens 500 Milliarden Euro an Notkrediten und Bürgschaften soll der ESM sowohl Staaten als auch Banken zur Verfügung stellen können, vielleicht auch eine Billion Euro oder noch mehr. In eiligen Fällen soll der ESM Kredite ohne Zustimmung des Europäischen Parlamentes oder des Bundestags vergeben dürfen. Der ESM kann auch zusätzliches Kapital von Deutschland einfordern, ohne dass jedes Mal der Bundestag zustimmen muss. Damit wird das Budgetrecht des Parlaments umgangen und ausgehöhlt. Das Recht, über den Staatshaushalt zu bestimmen, ist aber das wichtigste Recht eines jeden Parlaments. Wir sind daher der Ansicht, dass der ESM-Vertrag in eklatanter Weise die Demokratie in Europa verletzt. Auch mit der Verfassung dürfte er kaum vereinbar sein.

Der ESM wird weder vom Parlament noch von der Öffentlichkeit ausreichend kontrolliert. Das kleine Gremium aus Abgeordneten, das über die Geschäfte informiert werden soll, ist zu Verschwiegenheit verpflichtet, dasselbe gilt für alle Angestellten und Mitarbeiter des ESM. Nicht einmal nachträglich soll offengelegt werden, wer zu welchen Konditionen in den Genuss von Steuergeldern gekommen ist. Wir finden diese Intransparenz und Geheimniskrämerei im Umgang mit Steuergeldern unerträglich.

Europa braucht mehr Demokratie, nicht weniger. Aus diesem Grund fordert DIE LINKE, dass die Staaten der Eurozone endlich aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne und Ratingagenturen befreit werden. Statt die Steuerzahler für die Verluste der Banken in Haftung zu nehmen fordern wir eine Direktfinanzierung der Staaten durch die Europäische Zentralbank. Dann wäre auch ein harter Schuldenschnitt möglich, ohne dass die Krise auf andere Eurostaaten überspringt. Zur Demokratie gehört auch Transparenz. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Geschäfte auf den Finanzmärkten einfacher und durchsichtiger werden. Riskante Finanzprodukte und -geschäfte gehören verboten, Schattenbanken müssen reguliert und große Finanzkonzerne in überschaubare Einheiten zerlegt werden. Darüber hinaus sollten die Bilanzen des ESM und aller Bad Banks, für deren Risiken die Steuerzahler haften, vollständig offengelegt und ausreichende Mittel für deren Überprüfung durch unabhängige Experten bereitgestellt werden.

Statt immer mehr Steuergelder für die Rettung maroder Banken zu verpulvern, sollten die Profiteure des Finanzkasinos zur Kasse gebeten werden. Allein in Deutschland ist das Vermögen der Millionäre auf über 2,2 Billionen Euro angewachsen und damit höher als die gesamte deutsche Staatsverschuldung. Um die europäische Schuldenkrise zu überwinden, müssen diese Vermögen der Reichen und Superreichen abgeschöpft werden: Über eine koordinierte Vermögensabgabe von 50 Prozent nur für Millionäre ließe sich die Staatsverschuldung halbieren. Um zu verhindern, dass die Steuerzahler immer wieder für die Rettung von Zockerbanken zur Kasse gebeten werden, muss außerdem das Finanzcasino geschlossen und das gesamte Finanzsystem in öffentliche Hand überführt und demokratischer Kontrolle unterworfen werden.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auch auf unserer Internetseite, z.B. unter <http://www.linksfraktion.de/themen/eurokrise-eurorettung/>.

Unsere Internetseite www.linksfraktion.de erlaubt vielen Menschen, sich direkt und aktuell über die Politik der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu informieren. Dem dient auch unser youtube-Kanal www.youtube.com/user/linksfraktion , den Sie sofort auf unserer Startseite rechts oben anklicken können.

Darüber hinaus schaffen auch unsere Publikationen Einblick in unsere Arbeit. Kennen Sie z.B. unser Fraktionsmagazin Clara, welches vier Mal im Jahr erscheint und kostenlos abonniert werden kann? Unsere aktuelle Ausgabe ist gerade erschienen, Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt und der geplante Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand der Treuhand.

Falls Sie weitere Fragen an uns oder auch Anregungen für uns haben, schreiben Sie uns bitte. Wir freuen uns immer über Ihre Post.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Nier

Von: Markus Lehmann [mailto:markus.lehmann@bundestag.de]

Bereitgestellt: Donnerstag, 28. Juni 2012 11:15

Bereitgestellt in: Postfach

Unterhaltung: [Fwd: Zur Weiterleitung an die Parlamentarier des Deutschen Bundestages: ESM und Fiskalpaketabstimmung - wichtige Information]

Betreff: Fwd: [Fwd: Zur Weiterleitung an die Parlamentarier des Deutschen Bundestages: ESM und Fiskalpaketabstimmung - wichtige Information]

----- Original-Nachricht -----

Betreff: [Fwd: Zur Weiterleitung an die Parlamentarier des Deutschen Bundestages: ESM und Fiskalpaketabstimmung - wichtige Information]

Datum: Thu, 28 Jun 2012 11:07:54 +0200

Von: Fernschreibstelle <mail@bundestag.de>

Organisation: Deutscher Bundestag

An: Lehmann Markus ZT4 <markus.lehmann@bundestag.de>

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Zur Weiterleitung an die Parlamentarier des Deutschen Bundestages: ESM und Fiskalpaktabstimmung - wichtige Information

Datum: Wed, 27 Jun 2012 15:10:37 +0200

Von: glockenhof@freenet.de

An: bundespraesidialamt@bpra.bund.de, mail@bundestag.de, fraktion@cducsu.de, frakmail@spdfraktion.de, pressestelle@fdp-bundestag.de, info@gruene-bundestag.de, wehrbeauftragter@bundestag.de, kinderkommission@bundestag.de, pressereferat@bundestag.de, Referat Öffentlichkeitsarbeit <infomaterial@bundestag.de>, vorzimmer.id2@bundestag.de, vorzimmer.id3@bundestag.de, post.pet@bundestag.de

CC: Sebastian Frankenberger <frankenberger@me.com>

Sehr geehrter Bundespräsident, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, sehr geehrter Herr Lammert, sehr geehrte Referatsleiter des Deutschen Bundestages, sehr geehrte Mitarbeiter des Bundestagsarchivs,

Ich möchte nicht über Massenmail an Sie herantreten, deshalb wähle ich diesen Weg in der Annahme, daß irgend eine Institution unserer Volksvertreter für die Weiterleitung der Informationen an unsere Bundestagsabgeordneten Verantwortung zeigt.

Ich habe an Sie einen offenen Brief verfaßt und bitte Sie, daß sie Sich 5 Minuten Zeit dafür nehmen, damit Sie wissen, was man Ihnen am 29.06.2012 in der Bundestagsabstimmung zu ESM, Fiskalpakt und Co. abfordern wird.

Sagen Sie bitte hinterher nicht, man hätte Sie nicht informiert und über die Folgen einer Zustimmung gewarnt.

Hier zum offenen Brief an Sie, welchen ich bewußt in Frageform abgefaßt habe. : <http://netzwerkvolksentscheid.de/2012/06/27/sie-wissen-was-sie-tun/>

Inzwischen wurde er, ohne mein eigenes Zutun, spontan und prompt über die freien Medien und deren Medienverteiler publiziert. Das ist i.O. so. Hat man offensichtlich die Wichtigkeit der Fragen und ihrer Beantwortung durch unsere Volksvertreter erkannt. Meine Fragen resultieren unter anderem auch aus einem Vortrag des Herrn Gebauer, welcher unlängst zum Thema ESM referierte und meiner eigenen nebenberuflichen Auseinandersetzung mit der Thematik, was Ihnen sicherlich entgangen ist.

Herzliche Grüße und Wünsche für Ihr eigenes Wohlergehen, eine gewissenhafte Abstimmung und bedenken Sie bitte, daß Sie Volksvertreter sind.

Irgendwie sitzen wir alle in einem Boot. Schlagen sie es bitte nicht noch mehr leck, daß es mit Mann und Maus endgültig untergeht. Auch im Interesse aller Völker dieser EU.

Bitte bestätigen Sie mir den Empfang der Mail.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Lohfing-Blanke

Netzwerk Volksentscheid

Wiesenstrasse 3

36448 Bad Liebenstein



<http://netzwerkvolksentscheid.de>
klblanke@netzwerkvolksentscheid.de

Ich spiele mit offenen Karten und deshalb darf der Empfänger der Mail diese auch weiterverbreiten, damit die Information für unserer Volksvertreter auch noch rechtzeitig vor der Abstimmung ankommen wird. Hier ist endlich mal Zusammenhalten der Vernunft gefragt.